

Frank Heyde
Rasmussenstraße 35

Telefon: 03725/82190
E-Mail: efh.zp@t-online.de

09405 Zschopau

Frank Heyde * Rasmussenstr. 35 * 09405 Zschopau

Stadtverwaltung Zschopau
z.H. OB Klaus Baumann
Altmarkt 2

09405 Zschopau

10.12.2014

Stellungnahme zum Entwurf der Haushaltssatzung 2015 der Großen Kreisstadt Zschopau / Freibad Zschopau

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

den o.g. Entwurf habe ich zur Kenntnis genommen. Bitte gestatten Sie mir dazu die nachfolgenden Einwendungen, Hinweise bzw. Anfragen.

1. Grundsätzliche Bemerkungen

Die nachfolgenden Zahlen habe ich – soweit nicht anders vermerkt – der Regionaldaten-Statistik des Statistischen Landesamts Sachsen (Stand 31.12.2013) entnommen, zu finden unter

<http://www.statistik.sachsen.de/apps1/Gemeindetabelle/jsp/GMDAGS.jsp?Jahr=2014&Ags=14521690>

Transparenz und Bürgerbeteiligung scheinen für die verantwortlichen Entscheidungsträger unserer Stadt nach wie vor Fremdworte zu sein. So fehlten im „Stadtkurier“, nach eigenem Bekunden „Amtsblatt der Großen Kreisstadt Zschopau“, Hinweise zur Einwohnerversammlung ebenso wie ein Vermerk über die Möglichkeit zur Einsichtnahme in den Entwurf des Haushaltsplans 2015. Die Einwohnerversammlung wurde im Lokalteil der „FREIEN PRESSE“ einen Tag vor der Veranstaltung angekündigt. Lediglich in den gesetzlich vorgeschriebenen Aushängen und – teilweise – im Internetauftritt der Stadt erfuhr man eine Woche vor Beginn etwas über diese Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung.

Frage 1: Wird die Große Kreisstadt Zschopau von der (von mir in der Einwohnerfragestunde vom 02.12.2014 vorgeschlagenen) Möglichkeit Gebrauch machen, die Sitzungsprotokolle der öffentlichen Sitzungen des Stadtrats, den Haushaltsplan, die Entwürfe dazu sowie die Jahresabschlüsse der Stadt im Internetauftritt der Stadt öffentlich bekannt zu machen? Das würde es den Bürgern z.B. ermöglichen, sich zeitnah ein Bild von den Aktivitäten der von ihnen gewählten Stadträte zu machen.

2. Einwohnerzahl der Großen Kreisstadt Zschopau

Gemäß Ihrer Antwort vom 21.10.14 auf mein Schreiben vom 10.10.2014 hatte unsere Stadt per 30.06.1994 **12.108 Einwohner**. Sie beziehen sich dabei auf Angaben des Statistischen Landesamts in Kamenz. Ich habe dort per E-Mail nachgefragt und am 23.10.2014 von der zuständigen Sachbearbeiterin Angela Becker für den fraglichen Zeitraum folgende Zahlen erhalten (siehe Anlage):

31.12.1993: 13.889
31.12.1994: 13.639

Linear interpoliert ergibt sich daraus eine **Einwohnerzahl von 13.764** zum 30.06.1994. Woraus die **Differenz von 1.656 Einwohnern** resultiert, kann ich leider nicht mit Sicherheit sagen. Ich vermute aber

einen Zusammenhang mit der 1999 erfolgten Eingemeindung des Ortsteils Krumhermersdorf. Natürlich muß man sich fragen, warum sich alle anderen umliegenden Dörfer **gegen** eine Eingemeindung nach Zschopau entschieden haben (Hohndorf ging lieber nach Großolbersdorf, Weißbach und Schlösschen nach Amtsberg, Waldkirchen nach Grünhainichen, Scharfenstein nach Drebach). Offensichtlich spielen hier die gleichen Defizite eine Rolle, die bisher auch eine Eingemeindung von Gornau (nach 14 Jahren Verwaltungsgemeinschaft mit Zschopau) verhindert haben.

Nachdem Zschopau die Titel „Kreisstadt“ und „Bergstadt“ abgeben musste, schmückt man sich jetzt mit den Bezeichnungen „Große Kreisstadt“, „Motorradstadt“ und „Staatlich anerkannter Ausflugsort“, die allerdings kaum noch zu rechtfertigen sind. So vermeldet die oben angeführte Statistik für unsere Stadt gerade mal 1 (in Worten: eine) im Juli 2013 geöffnete Beherbergungseinrichtung und es bleibt unklar, was es in Zschopau für Touristen außer dem Schloß zu sehen und zu entdecken gibt. Ein Hinweisschild der „Motorradstadt Zschopau“ an der A4 wird – mehr als 20 Jahre nach dem Ende der Motorradproduktion in unserer Stadt – daran leider nicht viel ändern.

FP-Leser Gerd Senftleben formulierte es in einem Leserbrief an die FREIE PRESSE vom 22.11.2014 so: „Im Übrigen braucht man sich im Rathaus keine Gedanken mehr zu machen, dass Zschopau stirbt. Zschopau ist schon tot.“

3. Haushalt 2015 – Entwicklung der Gewerbesteuereinnahmen

In der Einwohnerfragestunde im Rahmen der Stadtratssitzung vom 02.12.2014 habe ich Sie gefragt, wieso man in der Stadtverwaltung ab 2014 mit Gewerbesteuereinnahmen von ca. 2,0 Mio. EUR rechnet. In den Folgejahren plant man sogar mit einer weiteren Steigerung dieser Einnahmen, was die Vermutung widerlegt, dass es sich bei den erhöhten Einnahmen 2014 um einen Einmaleffekt handeln könnte. Das langjährige Mittel dieser Position liegt bei etwa 1,2 Mio. EUR, das Ist von 2013 sogar unter 1,0 Mio. EUR.

Der größte Arbeitgeber des Ortes, die Erzgebirgssparkasse, hat in letzter Zeit am Standort Zschopau erheblich Personal abgebaut, ein weiterer bedeutender Arbeitgeber, die Fa. Klädtke Metallverarbeitung, hat seinen Sitz nach Hohndorf verlegt, über die Gewerbesteuereinnahmen darf sich jetzt Großolbersdorf freuen. Herzlichen Glückwunsch. Über die Ansiedlung neuer Firmen, die einen derartigen Zuwachs erklären würde, ist mir nichts bekannt. Allem Anschein nach hätte man unter den gegebenen Umständen eher einen Rückgang dieser Einnahmen als eine Steigerung um 100 % erwarten müssen. Leider hat der Kämmerer Klaus Schroth auf meine Anfrage keine befriedigende Erklärung geliefert. Auch wenn das Steuergeheimnis die öffentliche Nennung einzelner Steuerpflichtiger verbietet, so hätte man den Bürgern an dieser Stelle doch mindestens eine grundsätzliche Erklärung dieser wundersamen Vermehrung liefern können.

Ich vermute einen anderen Zusammenhang: Nach der Umstellung auf das System der doppelten Buchführung müssen zusätzlich jährliche Abschreibungen von 2,0 Mio. EUR erwirtschaftet werden, was unter dem Strich im gesamten Prognosezeitraum zu einem jährlichen **Fehlbetrag von ca. 1,0 Mio. EUR** führt. Ohne die wundersame Vermehrung der Gewerbesteuereinnahmen wäre an dieser Stelle ein **Fehlbetrag von ca. 2,0 Mio. EUR** auszuweisen. Was liegt unter diesen Umständen näher, als die Planzahlen etwas optimistischer zu gestalten und so die zu erwartenden Verluste etwas zu minimieren? Die erhebliche Differenz zwischen den geplanten und den tatsächlich erzielten Einnahmen wird ja erst mit dem Jahresabschluß 2014 offensichtlich, und der wird mit großer Wahrscheinlichkeit erst nach dem Ende Ihrer Amtszeit im Juni 2015 vorgelegt.

Der Vergleich mit den Durchschnittszahlen des Erzgebirgskreises (Quelle siehe oben) offenbart das eigentliche Problem des Zschopauer Haushalts: **in erster Linie sind es nicht die zu hohen Ausgaben, sondern die zu niedrigen Einnahmen.** Die Gewerbesteuereinnahmen (netto) pro Einwohner liegen in unserer Stadt mit 96 EUR fast **100 EUR** unter dem Durchschnitt des Landkreises von 189 EUR. Dabei handelt es sich wohlgerne um den Durchschnitt unseres **Landeskreises**, in den auch die Werte von den Gebieten an der tschechischen Grenze eingehen, wo sich Fuchs und Hase „Gute Nacht!“ sagen. Zum Vergleich: Sachsen = 325 EUR, Deutschland = 533 EUR.

Noch finsterner sieht es im Bereich des produzierenden Gewerbes aus: in der Rubrik „Bergbau und verarbeitendes Gewerbe“ erreicht unsere Stadt bei den Kennzahlen Anzahl Betriebe, Anzahl Beschäftigte, Lohnsumme und Umsatz **gerade einmal 25 % des Landkreisdurchschnitts pro Einwohner.** Während

der Einwohnerversammlung zum Thema „Freibad Zschopau“ am 14.11.2012 haben Sie behauptet, dass Ihnen ein Berater, der auch japanische Firmen beraten würde, gesagt hätte, dass unsere Stadt für produzierendes Gewerbe nicht geeignet wäre. Ob diesem Berater bekannt war, dass das Motorradwerk unserer Stadt Ende der zwanziger (mit 60.000 Einheiten) und auch Mitte der siebziger Jahre (mit 90.000 Einheiten) der größte Motorradhersteller der Welt war? Und das in einer Stadt, die für produzierendes Gewerbe angeblich grundsätzlich ungeeignet ist? Wenn man – wie hier offensichtlich geschehen – die Aussagen derartiger selbsternannter Experten für bare Münze nimmt, werden sie schnell zur selbsterfüllenden Prophezeiung. Wenn man die unbefriedigende Entwicklung auf diesem Gebiet in unserer Stadt wahrnimmt, können sich die verantwortlichen Entscheidungsträger in Stadtrat und Verwaltung also beruhigt zurücklehnen, denn der Experte hat ja prophezeit, dass sich in dieser Richtung bei uns nichts tun wird. Das erinnert stark an den Grundsatz: **Wer etwas will, findet Wege. Wer etwas nicht will, findet Gründe.**

Die Zahlen sprechen eine klare Sprache: Die verantwortlichen Entscheidungsträger unserer Stadt haben es in den letzten 24 Jahren versäumt, im Rahmen durchdachter Strategien und Konzepte das vorhandene Gewerbe in der Stadt zu halten und zu stabilisieren sowie die Ansiedlung neuer Betriebe zu unterstützen, das vorhandene Gewerbegebiet verdient seinen Namen kaum. Ganz offensichtlich fehlt es der Verwaltung gemäß der öffentlichen Wahrnehmung an klaren Strukturen und Konzepten auf diesem Gebiet. Die jüngsten Diskussionen um die Eröffnung eines ALDI- und dm-Ladens an der Waldkirchener Straße unterstreichen diesen Eindruck. Offenbar lässt man in der Verwaltung die Dinge auf sich zukommen und entscheidet dann nach Gutdünken von Fall zu Fall.

Ich halte dieses Defizit für das schwerwiegendste Versäumnis Ihrer 20jährigen Amtszeit.

Auf alle 9.700 Einwohner unserer Stadt hochgerechnet, fehlen unserer Stadt also im Vergleich zum Landkreisdurchschnitt **jährlich Gewerbesteuererinnahmen von ca. 1,0 Mio. EUR.** Daß es auch anders gehen kann, zeigen die Beispiele aus der Nachbarschaft: Marienberg (ca. 17.000 EW) liegt bei den Gewerbesteuererinnahmen pro Kopf mit 181 EUR ziemlich genau im Landkreisdurchschnitt, während Olbernhau (ca. 9.300 EW) **mit 374 EUR sogar doppelt so viel einnimmt. Dabei wird sicherlich niemand behaupten, dass diese Orte gegenüber unserer Stadt irgendwelche Struktur- oder Standortvorteile hätten, ganz im Gegenteil. Irgendetwas muß dort anders gelaufen sein, damit es in diesen Orten bei den Steuereinnahmen besser funktioniert als in unserer Stadt.**

Frage 2: Welche Umstände führen dazu, dass die Einnahmen aus Gewerbesteuer 2014 gegenüber 2013 um ca. 1,0 Mio, EUR steigen?

Frage 3: Welche Faktoren liefern den Grund für die Annahme, dass es sich bei der Steigerung gemäß Frage 2 nicht nur um einen Einmaleffekt, sondern um eine für den gesamten Prognosezeitraum anzunehmende dauerhafte Erhöhung handelt?

Auch der Hinweis auf die niedrige Pro-Kopf-Verschuldung unserer Stadt (110 EUR bei einem Landkreisdurchschnitt 769 EUR) bessert nichts an der Situation: Unsere Stadt wird nicht attraktiver, wenn man notwendige Investitionen über Jahre oder – wie im Fall Freibad – über Jahrzehnte aufschiebt, um eine Kreditaufnahme zu vermeiden. Im Rahmen der Stadtratssitzung vom 02.05.2012, in der unser Bürgerbegehren zur Freibadsanierung unter formaljuristischen Vorwänden abgewürgt wurde, haben Sie einen eigenen Vorschlag der Verwaltung für eine kreditfinanzierte Sanierung der Anlage angekündigt, um den Bürgern in der folgenden Diskussion zu erklären, dass im Haushalt der Stadt überhaupt kein Spielraum für eine Kreditaufnahme vorhanden wäre. Wem nützt eine schuldenfreie Stadt Zschopau, in der nichts mehr los ist, in der die Verwaltung vorwiegend sich selbst verwaltet und in der keiner mehr wohnen will?

4. Haushalt 2015 – Zuwendungsquote

Statt sich vordergründig mit der Entwicklung der Wirtschaft unserer Stadt zu beschäftigen, haben sich die verantwortlichen Entscheidungsträger unserer Stadt von Anfang an darauf konzentriert, alle Fördermöglichkeiten maximal auszuschöpfen, was sich in einer überdurchschnittlich hohen Zuwendungsquote von 46 % widerspiegelt. Wenn man die Diskussionen im Stadtrat verfolgt, gewinnt man schnell den Eindruck, dass die Fördermöglichkeit eines bestimmten Vorhabens mittlerweile das oberste Kriterium bei der Entscheidung für oder gegen ein Projekt darstellt. In jedem zweiten Satz kommen Begriffe wie „Fördermöglichkeit“, „Förderanteil“, „Förderrichtlinien“ oder „Fördermittel“ vor. Förder-Förder-Förder-Förder – man kann es bald nicht mehr hören.

Meines Erachtens korrespondiert diese Einstellung mit den Erwerbsbiografien der verantwortlichen Entscheidungsträger in Stadtrat und Verwaltung. Weder Sie (als früherer Mitarbeiter beim Rat des Kreises) noch LINKE-Fraktionschef Hetzner (als früherer SED-Funktionär) oder CDU-Fraktionschef Heidl (als früherer Bürgermeister der Stadt) mussten auf dem Gebiet der freien Wirtschaft eigenverantwortlich die Mittel erwirtschaften, über deren Verwendung sie bestimmt haben oder die persönliche Verantwortung für die Konsequenzen wirtschaftlicher Fehlentscheidungen übernehmen.

Nun ist es prinzipiell nichts Verwerfliches, die gegebenen Möglichkeiten im Interesse unserer Stadt auszuschöpfen. Es darf aber nicht dazu führen, dass man bestimmte Vorhaben vorantreibt, nur weil sie gefördert werden und auf der anderen Seite notwendige Investitionen in die kommunale Infrastruktur - wie im Fall Freibad - über Jahre und Jahrzehnte aufschiebt, weil sie nicht gefördert werden. Oder weil man – wie im Fall Freibad - die Chancen in der Zeit, als es Fördermittel gab, nicht genutzt hat: die drei von der Stadt im Zeitraum 1991 – 1994 gestellten Förderanträge für die Freibadsanierung wurden wegen Formfehlern als nicht förderfähig zurückgewiesen. Seltsamerweise betraf dieses Versäumnis nur das Vorhaben Freibadsanierung, bei allen anderen geförderten Großprojekten der Stadt (wie die millionenschwere Sanierung des Schlosses, des Neuen und des Alten Rathauses sowie die Errichtung der Lehrschwimmhalle) wusste man, an welchen Stellen die Kreuzchen zu setzen waren und wann welche Formulare bei den zuständigen Behörden zur Genehmigung einzureichen waren.

In diesem Zusammenhang haben Sie auf meine Anfrage in der Einwohnerfragestunde vom 02.12.2014 erwähnt, dass der Kostenrahmen für den Umbau des Alten Rathauses zu einem Gewerbeobjekt derzeit bei 2,6 Mio. EUR liegt, die gem. Ihrer Aussage aber zu 2/3 gefördert werden. In der Stadtratssitzung vom 21.12.2011 vor der Entscheidung zum Umbau des Alten Rathauses haben Sie den Bürgern versichert, daß „eine Überschreitung des Kostenrahmens von 2,0 Mio. EUR nicht stattfinden werde“. Abgesehen von der Frage, ob diese Maßnahme ein geeignetes Mittel ist, um Gewerbetreibende zu unterstützen, Kinder und Jugendliche in der Stadt zu halten oder Touristen in die Stadt zu locken, haben Sie im „Stadtkurier“ vom 25.04.2012 vorgerechnet, dass sich der damals geplante Eigenanteil der Stadt in Höhe von 1,0 Mio. EUR bei jährlichen Mieterträgen von 40.000 EUR bereits nach 25 Jahren amortisiert hätte.

Frage 4: Ist mit einer weiteren Erhöhung des Kostenrahmens für die Umbaumaßnahmen zu rechnen?

Frage 5: Wenn ja, aus welchem Grund, in welcher Höhe und in welchem Zeitraum?

Frage 6: Welche Fläche des Alten Rathauses ist derzeit an die einzige Mieterin, die Notarin Kerstin Richter, vermietet?

Frage 7: Wie hoch sind die Mieterträge (2014 bereits erzielt, für 2014 erwartet und bisher insgesamt)?

5. Haushalt 2015 – Ausgaben

Wie bereits in meinem Schreiben vom 10.10.2014 erwähnt, wird der ständige Anstieg der Personalkosten seit Jahren vom Stadtrat kritisiert, ohne dass sich auf diesem Gebiet irgendetwas getan hätte. Ganz im Gegenteil: im Prognosezeitraum planen Sie mit einer weiteren Steigerung dieser Kosten von 6,0 Mio. EUR (2014) auf 6,9 Mio. EUR (2018), was einem Anstieg um 15 % entspricht. Der Personalkostenanteil am Haushalt, der bereits jetzt bei 39 % liegt, würde damit auf 44 % steigen (zum Vergleich Marienberg: 18 %). Als ich Sie in der Einwohnerfragestunde am 02.12.2014 fragte, was Sie gegen diese Steigerung unternehmen wollen, haben Sie angedeutet, dass der Anstieg durch tarifliche Anhebungen bedingt wäre, die sich Ihrer Einflussnahme

weitgehend entziehen. Betrachtet man aber parallel die Entwicklung der gleichen Position im Haushalt von Gornau, stellt man fest, dass die Steigerung dort mit 8 % nur halb so hoch ausfällt wie die in Zschopau.

Frage 8: Werden die Angestellten der Verwaltung in Gornau nach einem anderen Tarif als die Angestellten in Zschopau bezahlt?

Ich schlage vor, dass man in Zschopau die Steigerung der Personalkosten auf den gleichen Satz wie in Gornau begrenzt. Das würde konkret so aussehen:

Jahr	Plan bisher	Plan neu	Ersparnis
2014	6,0 Mio.	6,0 Mio.	0,0 Mio.
2015	6,3 Mio.	6,2 Mio.	0,1 Mio.
2016	6,4 Mio.	6,3 Mio.	0,1 Mio.
2017	6,7 Mio.	6,4 Mio.	0,3 Mio.
2018	6,9 Mio.	6,5 Mio.	0,4 Mio.

Kämmerer Klaus Schroth ergänzte auf meine Anfrage zu den Personalkosten am 02.12.2014 pflichtgemäß den Hinweis auf die exorbitant hohen Personalkosten der städtischen Kindertagesstätten. Allerdings wurden dazu nie konkrete Zahlen genannt.

Frage 9: Wie hoch sind die Personalkosten nach Bereichen gegliedert?

Bitte vervollständigen Sie die nachfolgende Tabelle mit den entsprechenden Angaben:

Zeitraum	Kernverwaltung			Kindertagesstätten			sonstige Bereiche		
	Anzahl	Vollzeit-	Personal-	Anzahl	Vollzeit-	Personal-	Anzahl	Vollzeit-	Personal-
	Besch.	Äquivalente	kosten	Besch.	Äquivalente	kosten	Besch.	Äquivalente	kosten
Ist 2013									
Plan 2014									
Plan 2015									
Plan 2016									
Plan 2017									
Plan 2018									

6. Ergebnishaushalt

Gemäß dem vorliegenden Entwurf wird die Stadt im Ergebnishaushalt im gesamten Prognosezeitraum unter Berücksichtigung der angefallenen Abschreibungen jährlich einen Fehlbetrag von ca. 1,0 Mio. EUR erwirtschaften. In der Einwohnerfragestunde vom 02.12.2014 haben Sie auf meine Nachfrage erklärt, dass trotz dieser Tatsache die Erstellung eines Haushaltsstrukturkonzepts aus Ihrer Sicht nicht erforderlich wäre. Möglicherweise sind Sie mit den Einzelheiten des neuen Haushalts- und Rechnungswesens noch nicht im Detail vertraut. In den Hinweisen des Sächsischen Staatsministeriums des Innern heißt es dazu:

Wenn es der Kommune im Rahmen der normalen Haushaltsplanung oder in der Ergebnisrechnung nicht gelingt, den Fehlbetrag im 4. Folgejahr zu decken, sind besondere Maßnahmen - u. a. die Aufstellung eines Haushaltsstrukturkonzeptes - erforderlich. Die sanktionslose Abbuchung des Fehlbetrages vom Eigenkapital wäre mit dem im neuen Haushaltsrecht verfolgten Prinzip intergenerative Gerechtigkeit nicht zu vereinbaren.

Frage 10: Halten Sie – unter Berücksichtigung der Hinweise aus dem Sächsischen Staatsministerium des Innern – die Erstellung eines Haushaltsstrukturkonzepts für erforderlich?

7. Freibad Zschopau

Vor Ihrer letzten Wiederwahl als Oberbürgermeister im Juni 2008 haben Sie Ihren Wählern einen „Baubeginn im Freibad spätestens 2010“ versprochen. Auch Ihre Fraktion, die CDU, versprach ihren Wählern zur Kommunalwahl 2009 die Modernisierung der Anlage. Leider waren Ihre bisherigen Aktivitäten allem Anschein nach nicht auf die Umsetzung Ihres Versprechens, sondern eher dagegen ausgerichtet. Ich erspare mir die Aufzählung der Einzelheiten, bei Interesse können Sie diese auf unserer Internetseite www.freibad-zschopau.de nachlesen. Letzter Stand ist der Stadtratsbeschluss vom 19.02.2014, in dem mit den Stimmen der LINKEN eine Umgestaltung des Freibads zu einem Naturbad (Familienbadeteich) beschlossen wurde. Details sollen im Rahmen einer Arbeitsgruppe aus OB, den Fraktionsvorsitzenden im Stadtrat sowie Vertretern der Bürgerinitiative Freibad Zschopau geklärt werden. Bitte gestatten Sie mir zum vorliegenden Protokoll der ersten Sitzung vom 25.11.2014 die folgenden Anmerkungen.

7.1 Schäden durch das Unwetter vom 09.06.2013 / Verlegung Gansbach

Wie bereits im Rahmen der Sitzung erwähnt, wurde der Großteil des im Freibad entstandenen Schadens durch eine **Schlamm- und Geröll-Lawine** verursacht, die sich aus dem Maisfeld am Wurzelweg über die Krumhermersdorfer Straße in das Freibad ergoß. Da Mitarbeiter der Verwaltung zuvor das Fanggitter am oberen Einlauf der Verrohrung des Gansbachs unter dem Freibad entfernt hatten, wurde das 1000-mm-Betonrohr verstopft und erheblich beschädigt. Der Wurzelweg wurde bis zur Einmündung auf die Straße teilweise bis auf den darunter liegenden Felsen abgetragen. Entsprechende Fotos stelle ich Ihnen auf Anfrage gern zur Verfügung, Sie können dazu auch gern die an diesem Tag anwesenden Einsatzkräfte der Feuerwehr befragen. Ich halte es für verhängnisvoll und fahrlässig, sich im Rahmen der Verhütung zukünftiger Schäden einseitig auf die Renaturierung des Gansbaches zu konzentrieren und dabei die Hauptursache des entstandenen Schadens einfach zu ignorieren. Man könnte sich z.B. mit der Bauernland Agrar AG, welche die Flächen am Wurzelweg nutzt, in Verbindung setzen und – ähnlich den Regelungen im Wasserschutzgebiet – eine Vereinbarung treffen, dass die betreffenden Flächen nur noch als Weide- oder Grünland genutzt werden. Das würde das Risiko einer Wiederholung des Unwetterschadens erheblich reduzieren. Nach Aussage von Herrn Berger vom Bauamt plant die Verwaltung keine Untersuchung und Reparatur der vorhandenen Verrohrung, da dies nicht gefördert würde. Stattdessen plant man einen Rückbau, weil dies wiederum gefördert wird. Kein Privatmann würde die Reinigung eines Fallrohrs an der Dachentwässerung seines Hauses unterlassen, nur weil diese Maßnahme nicht gefördert wird. Kein Privatmann würde weitere Folgeschäden an der Gebäudesubstanz hinnehmen und das Haus in der Folge abreißen, nur weil diese Maßnahme gefördert wird (siehe dazu meine Ausführungen unter Punkt 4). Nach meinem Dafürhalten könnten die Schäden an der Verrohrung mit vertretbarem Aufwand untersucht und behoben werden. Damit würde – zusätzlich zur geplanten Offenlegung des Gansbachgeländes – bei einer Wiederholung der Gefahrensituation ein ausreichender Querschnitt zur Ableitung des einströmenden Wassers ohne Gefahr für das Freibad zur Verfügung stehen. Bemerkenswerterweise hat das beauftragte Ingenieurbüro für den Nesselbach am Freibad Krumhermersdorf eine ähnliche Bypass-Variante zur Vermeidung künftiger Schäden vorgeschlagen. Insofern bitte ich zur Kenntnis zu nehmen, dass der Rückbau der Verrohrung **nicht** Teil des in der Sitzung erzielten Konsens war. Der Konsens bezog sich auf die Variante „5 + 2“, die besagt, dass man sich grundsätzlich für Variante 5 entscheidet, der Verlauf des Baches im Freibadgelände sich jedoch nach der Variante 2 richten soll, um keine der möglichen Umbauvarianten des Freibads von vornherein auszuschließen. Zu meiner großen Verwunderung wurde in der Sitzung vom 02.12.2014 von der Verwaltung die Variante 5 (ohne Zusätze) als die von der Arbeitsgruppe präferierte Variante präsentiert, **was so nicht richtig ist**. Ich kann nicht beurteilen, ob es sich dabei um Absicht oder ein Versehen handelte. Erst nach dem Einspruch von Niels Sigmund von den GRÜNEN und Jürgen Hetzner von den LINKEN wurde der Beschlußtext auf „optimierte Variante 5“ geändert - in meinen Augen eine schwammige Formulierung mit einem erheblichen Interpretationsspielraum, da nicht genau definiert ist, worin die Optimierung nun eigentlich bestehen soll.

7.2 Aufgabenstellung für die Planer möglicher Umgestaltungsvarianten

Nach dem Beschluss des Stadtrats zum Umbau des Freibads vom 19.02.2014 sehen wir als Bürgerinitiative Freibad Zschopau die optimale Lösung in einer **Kombination** der jetzt vorgesehenen natürlichen Wasseraufbereitung mit unserem 2012 vorgelegtem Konzept der Sanierung der Anlage in ihrer derzeit vorhandenen Form. Das hätte gleich mehrere Vorteile:

- Das Bad ist in der bestehenden Form seit fast 50 Jahren bei den Zschopauern und ihren Gästen bekannt und beliebt. Selbst im letzten Jahr vor der Schließung 2010 war es – trotz undichter Becken und eiskaltem Wasser im Schwimmerbecken - mit mehr als 10.000 zahlenden Besuchern die meistgenutzte Freizeitstätte unserer Stadt. Das Risiko, dass die Anlage nach dem von uns vorgeschlagenen Umbau von den Badegästen nicht angenommen wird, ist damit minimal.
- Die jetzt geplanten kostenintensiven Abbruch-, Erd- und Entsorgungsarbeiten (inkl. der zugehörigen Planungskosten) für mehrere Hunderttausend Euro können entfallen, das Geld kann viel sinnvoller für die Sanierung der vorhandenen Becken eingesetzt werden.
- Die Anlagen für eine chemische Wasseraufbereitung gem. DIN 19643 (unser zweiter Vorschlag einer normgerechten Rekonstruktion von 2012) können entfallen. Das spart Investitionskosten von mehreren Hunderttausend Euro sowie Betriebskosten von mehreren Zehntausend Euro pro Jahr. Außerdem wird keine ausgebildete Fachkraft für die Betreuung der Wasseraufbereitungsanlage benötigt, was erhebliche Personalkosten spart.
- Das derzeit vorhandene Wasservolumen von 4.300 m³ ist wesentlich größer als das geplante Volumen des Naturbadeteiches von 2.500 m³. Ein größerer Wasserkörper erhöht die Betriebskosten nur unwesentlich, senkt aber signifikant das Risiko, dass sich bei hohen Temperaturen und großen Besucherzahlen unerwünschte Mikroorganismen schlagartig vermehren.
- Die Sprunganlage bleibt erhalten. Nach unseren Recherchen ist unser Freibad das einzige mit einem 10-m-Sprungturm im Umkreis von 100 Kilometern! Statt sich immer wieder über den angeblich maroden Zustand des Turms zu beklagen, sollte man sich lieber Gedanken machen, wie man dieses Alleinstellungsmerkmal möglichst wirkungsvoll bekanntmachen und vermarkten kann. Vor etwa 20 Jahren erhielt die Sprunganlage für mehr als 150.000 Euro ein Treppengerüst aus Edelstahl, das bei einem Abriß nur noch Schrottwert hätte.
- Es ist – wie kaum ein zweites Freibad in der Umgebung – optimal mit Bus, Bahn, PKW oder zu Fuß erreichbar. Um die Parkmöglichkeiten weiter zu verbessern, könnte man das Flurstück 1526/2 zwischen Freibad und dem jetzigen Parkplatz erwerben.
- Im Rahmen der Umbaumaßnahmen können sinnvolle Optionen wie eine Rutsche, eine Solaranlage oder ein WLAN-Hotspot auf dem 10-m-Turm ergänzt werden. Außerdem wäre die Einrichtung von Camping- und Übernachtungsmöglichkeiten denkbar.

Die Vorgaben für die Planer sollten also wie folgt aussehen:

- Kostenrahmen von 1,5 Mio. EUR
- Erhaltung und Sanierung der vorhandenen Strukturen
- Nutzung des Gansbachs für die Wasserversorgung des Bades unter Berücksichtigung der geplanten Hochwasserschutzmaßnahmen / Abstimmung der beiden Projekte
- maximaler Anteil ortsansässiger Firmen bei der Umsetzung
- möglichst hoher Anteil von Leistungen des Bauhofes oder freiwilliger Helfer aus der Bevölkerung, um Kosten zu sparen

Die wichtigste Aufgabe in der gegenwärtigen Phase besteht m.E. darin, die Erwartungen der Zschopauer Einwohner an ihr Freibad zu ermitteln und zu dokumentieren. Nur so kann gewährleistet werden, dass die Anlage nach Fertigstellung auch von möglichst vielen Bürgern genutzt wird. Die Option, die Einwohner per Bürgerentscheid selbst über ihr Bad entscheiden zu lassen (Bürgerbegehren 2012 und Ratsbegehren 2013), wurde wie bekannt durch Ihr Handeln verhindert.

Gemäß einer Umfrage der FREIEN PRESSE (veröffentlicht in der Lokalausgabe Zschopau vom 14.02.2014) stimmten **nur 24 von 255 Anrufern** für die Naturbad-Variante. Da man spätestens seit dem ADAC-Skandal über den Wert solcher Umfragen informiert ist, sollte man so schnell wie möglich eine eigene Umfrage unter den Zschopauer Bürgern durchführen. Ich bitte Sie daher um Übersendung Ihrer Vorschläge dazu **bis spätestens 17.12.2014. Für die Beantwortung der von mir gestellten Anfragen innerhalb der nächsten 14 Tage darf ich mich bereits im voraus bedanken.**

Mit freundlichen Grüßen

Frank Heyde